

XXIV. GP.-NR
548 I A(E)**ENTSCHLIEBUNGSANTRAG**

12. März 2009

der Abgeordneten Martina Schenk, Ursula Haubner
und Kollegen

betreffend Maßnahmen zur Steigerung des Männeranteils in pädagogischen Berufen

Frauenpolitische Maßnahmen zur Besserstellung am Arbeitsmarkt werden fortlaufend thematisiert und sind auch im Regierungsprogramm festgehalten. Im Sinne der Gleichstellungspolitik sollte auch eine andere Perspektive erwähnt werden, da es auch Bereiche gibt, wo das männliche Geschlecht unterrepräsentant ist.

Besonders offensichtlich ist der geringe Männeranteil in pädagogischen Berufen. Auch die Bildungspolitik kann zu einem Wandel der Geschlechterverhältnisse in Richtung Gleichstellung beitragen. Laut Statistik Austria waren im Schuljahr 2007/08 insgesamt 83669 Lehrerinnen in allen österreichischen Schultypen angestellt, während es lediglich 36557 Männer waren. Die größte Kluft zwischen männlichem und weiblichem Lehrpersonal existierte in Wien, wo es insgesamt 16821 Lehrerinnen, aber nur 5989 Lehrer gab. Deutlich war auch die österreichweite Überzahl der Volksschullehrerinnen (28566) im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen (3202). In Österreichs Kindergärten arbeiten lediglich 133 Männer (Stand: 08.10.08, „Standard“). Das Argument der geringen Bezahlung kann mit einem Blick Richtung den skandinavischen Ländern entkräftet werden. Auch dort ist die Entlohnung nicht angemessen, aber es gibt vergleichsweise viele Männer in diesen Berufspaten. Letztlich dürfte es an Imagegründen liegen, warum pädagogische Berufe für Männer nicht attraktiv sind.

Um den dominierenden weiblichen Bezugs- und Vertrauenspersonen auch männliche gegenüberzustellen, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Männeranteil in pädagogischen Berufen zu erhöhen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur bis 13.07.09 ein Konzept zu entwickeln, um den Männeranteil in pädagogischen Berufen zu erhöhen.“

Wien, 12.03.09

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss vorgeschlagen.

